

**8 Bargeld – Freiheit – Privatsphäre – PUNKT!
Keine Obergrenze für Barzahlungen! – Wehret der schleichenden Abschaffung des Bargelds und einem weiteren Schritt hin zum Überwachungsstaat**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11217 – Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und
Finanzausschusses
Drucksache 16/12815

Der Antrag der Fraktion der Piraten wurde gemäß § 82 Abs. 2 Buchstabe b unserer Geschäftsordnung vom Plenum an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen, damals mit der Maßgabe, dass eine Aussprache und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgen soll. Die Beschlussempfehlung und der Bericht des HFA liegen nun als Drucksache 16/12815 vor.

Demzufolge kommen wir jetzt zur Aussprache, die durch Herrn Kollegen Weske als Sprecher für die SPD-Fraktion eröffnet wird.

(Der Redner kommt mit Gehhilfen an das Redepult. – Beifall von der SPD)

Noch einmal alles Gute! Klappt das am Redepult, oder sollen wir einen Stuhl besorgen?

Markus Herbert Weske (SPD): Das geht alles, Frau Präsidentin. Ich habe meine Gehhilfen G8 und G9 getauft.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Weske, ich danke Ihnen vielmals dafür. Sie hätten sie auch noch anders nennen können.

Markus Herbert Weske (SPD): Die sind wie die FDP, die fallen nämlich ständig um.

(Heiterkeit und Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit etwas über einem Jahr beschäftigen wir uns jetzt hier im Plenum das vierte Mal mit dem Thema „Bargeld“. Wir hatten ja zunächst den Antrag der FDP, dann den schofeligen Antrag der CDU, und nun wird abschließend der Piratenantrag hier beraten. Ich versuche, ihn in der Kürze der Zeit durchzugehen.

Sie fangen Ihren Antrag mit der Behauptung an, dass Minister Walter-Borjans gesagt hat, er will eine Bargeldobergrenze von 2.000 bis 3.000 € haben.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: So ist das!)

Der Herr Minister, der sich hier heute leider nicht selbst verteidigen kann, hat sich den Mund fusselig geredet, auch bei uns im Haushalts- und Finanzausschuss, dass er diese 2.000 oder 3.000 € so nicht gesagt hat.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Nein?)

Das ist auch nicht die Position der Sozialdemokratie. Wir stellen uns 10.000 € vor. Und – das ist ja noch viel wichtiger – das soll nicht nur für Nordrhein-Westfalen oder die Bundesrepublik gelten, sondern natürlich europaweit.

Dann schreiben Sie in Ihrem Antrag: Der 500-€-Schein ist abgeschafft. – Auch das stimmt so nicht; das habe ich an dieser Stelle auch schon gesagt. Der bleibt als gültiges Zahlungsmittel erhalten. Wenn also jemand ein Bündel aus 500-€-Scheinen unter seinem Kopfkissen hat – oder wo auch immer man die hintut; das kann Herr Witzel ja vielleicht gleich erklären –:

(Ralf Witzel [FDP]: Die gibt es ja bald nicht mehr!)

Die sind nach wie vor auch in den nächsten zehn bis 20 Jahren gültig, und man kann damit bezahlen.

(Michael Hübner [SPD]: Aber nicht an der Tankstelle!)

Also nicht die Bevölkerung verunsichern! Der 500-€-Schein gilt nach wie vor.

(Zuruf)

– Doch, Sie haben davon genug. Da mache ich mir keine Sorgen.

Hier steht:

„Die organisierte Kriminalität und der internationale Terrorismus sind längst auf elektronische Zahlungsmethoden umgestiegen.“

Auch das – das hat die Anhörung gezeigt – stimmt nicht. Das ist genau das Problem: Weil wir in den Nachbarländern Zahlungsobergrenzen haben, beispielsweise in Frankreich, kommen Kriminelle extra nach Deutschland, weil sie hier auf der Kö noch lecker ihr Geld in großen Summen waschen können. Das ist genau das Problem an der Stelle. Insofern ist auch das falsch, was dazu in dem Antrag steht.

Zur Abschaffung des Bargeldes insgesamt, was Sie auf Seite 2 erläutern: Ihr Gedanke ist ja immer: Das ist der Einstieg, ob nun 2.000, 3.000 oder 10.000 €.

Das ist es eben nicht. Wenn wir in einem Wohngebiet eine 30-km-Zone machen, dann wird das keine autofreie Stadt. Das ist eine konkrete Maßnahme, die hilft, aber sie führt nicht dazu, dass irgendetwas abgeschafft wird.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Kommen wir zu dem, was Sie in Ihrem Antrag richtig gemacht haben, das ist nämlich das Zitat von Dostojewski.

(Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist richtig wiedergegeben.

Ich habe ein anderes Zitat von Dostojewski, das mir lieber ist, das heißt: „Ohne Kraft erreicht man nichts.“

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann geht es weiter mit den Konsumprofilen, die demnächst durch die Geschichte schwirren werden. Sie schreiben:

„Zigaretten hätten dann für den betroffenen Bürger eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge zur Folge.“

Entschuldigung, das ist eh schon Fakt! Wenn man eine Lebensversicherung abschließt, dann fragen die einen drei Mal, ob man flötzt. Und wenn man sagt „Ja, das tue ich“, dann gehen die Versicherungsbeiträge drei Mal so hoch.

Das sind Szenarien, die wie eine Bedrohung für die Bevölkerung aufgebaut werden, die im Detail aber entweder nicht stimmen oder schon Fakt sind.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Nichts verstehen!)

„Einschränkung der Bargeldhaltung“ kommt dann noch zu guter Letzt. Und zwar ist die Theorie, dass irgendwann überhaupt kein Bargeld mehr gebraucht wird. Dann muss der Verbraucher alles bei der Bank haben. Dann gibt es die Negativzinsen, und dann leidet er darunter.

Also: Diese Einschränkung der Bargeldhaltung gibt es überhaupt nicht. Ich habe es eben schon erwähnt. Beim letzten Mal habe ich gesagt, wenn ich irgendwann mal sechs Richtige im Lotto habe, dann werde ich mir das Geld bar auszahlen lassen, weil man eben so viel Bargeld zu Hause haben kann, wie man möchte – nach wie vor. Jetzt habe ich fünf Richtige gehabt. Deswegen muss ich ehrlicherweise sagen: Ich habe es mir überweisen lassen.

(Heiterkeit von der SPD)

Aber es war auch kein fünfstelliger Betrag.

Alles in allem: Wir haben uns über ein Jahr mit diesem Thema beschäftigt, verschiedenste Anträge schon abgelehnt. Das werden wir auch heute wieder tun. Und da ich ja Geburtstag habe, wünsche ich mir vom Hohen Hause, dass alle diesen Piratenantrag ablehnen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und wünsche dann noch einen schönen Feierabend.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Weske. – Für die CDU spricht Herr Kollege Möbius.

Christian Möbius (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Weske, den einen Teil Ihres Wunsches werden wir erfüllen: Die CDU-Fraktion wird dem Antrag der Piraten nicht zustimmen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Ende der Rede!)

Insofern kann ich Ihnen da ein schönes Geburtstagsgeschenk machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses wurde deutlich, dass eine Bargeldobergrenze abzulehnen ist. Es waren neun von zehn Sachverständigen, die dies befürwortet haben. Lediglich ein Sachverständiger hat sich für eine Bargeldobergrenze von 10.000 € ausgesprochen. In der Anhörung wurde insbesondere deutlich, dass es keinen wissenschaftlichen Beleg dafür gibt, dass eine Bargeldobergrenze irgendwelche Auswirkungen auf die organisierte Kriminalität hat.

Die Position der CDU-Landtagsfraktion in dieser Frage ist eindeutig. Aus mehreren Gründen muss das Bargeld als Zahlungsmittel in Deutschland uneingeschränkt erhalten bleiben.

(Beifall von Holger Müller [CDU] – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Ich skizziere gerne noch einmal unsere Position.

Erstens. Bargeld schützt vor negativen Zinsen. Die Zinslosigkeit von Bargeld ist der wichtigste Grund, warum Notenbanken mit ihren Leitzinsen nicht beliebig weit in den negativen Bereich gehen können. Gerade in Zeiten wie diesen muss es Alternativen geben, die vor negativen Zinsen und damit vor Kapitalverzehr schützen.

Zweitens. Bargeld schützt unsere Daten. Durch Bargeldzahlungen unterliegt der Bürger nicht der vollständigen Überwachung und Überwachbarkeit seines Kaufverhaltens. Auch im Zeitalter der Digitalisierung muss es eben die Freiheit der Bürger bleiben, ob sie mit Karte, mit E-Banking oder eben mit Bargeld bezahlen. Diese Freiheit sehen wir als hohes Gut an. Diese Freiheit schützt gerade vor den Datensammlern, die das Konsumverhalten der Bürger bis ins letzte Detail ausforschen wollen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sonst wollen Sie doch auch an jeder Ecke eine Kamera!)

– Das hat doch damit nichts zu tun, Herr Zimkeit.

Drittens. Bargeld schafft Transparenz im Portemonnaie und in der Haushaltskasse der einzelnen Bürger. Nirgendwo anders kann man plastischer erkennen, wenn sich das Budget dem Ende zuneigt.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Möbius, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche! Kollege Abel würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Christian Möbius (CDU): Bitte schön, Herr Kollege Abel.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Vielen Dank, sehr geehrter Herr Kollege Möbius, dass Sie meine Zwischenfrage zulassen. – Mich würde interessieren, wie viel Prozent – schätzen Sie – des Statements, das Sie gerade als Haltung der CDU-Landtagsfraktion verkauft haben, sind in Wahrheit dem Parteitagsbeschluss der Grünen aus dem Frühjahr 2016 entnommen?

Christian Möbius (CDU): Diese Schätzfrage verbietet sich. Aber wir sind in unserer Position sehr eindeutig, und diese Position lege ich hier dar. Ich glaube, da gibt es dann auch keine weiteren Nachfragen.

Ich nenne einen weiteren Punkt.

Viertens. Bargeld ist ein kostenloses und damit auch ein günstiges Zahlungsmittel. An unbaren Zahlungsvorgängen verdienen die Banken, Kreditkartenunternehmen und natürlich auch die Technologiekonzerne.

Fünftens. Bargeld lässt alle Menschen am Wirtschaftsleben teilhaben. Menschen, die über kein Konto oder nur über ein Guthabenkonto verfügen, nehmen vornehmlich mit Bargeld am Wirtschaftsleben teil.

Sechstens schließlich genießt Bargeld auch Insolvenzschutz, da Buchgeld bei einer möglichen Pleite eines Kreditinstituts verlorengehen kann.

Diese Positionen haben wir als CDU-Landtagsfraktion wiederholt deutlich gemacht. Ich erlaube mir, auf unseren Antrag Drucksache 16/12122 hinzuweisen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Der war aber später dran!)

Titel: „Finger weg vom Bargeld – Nordrhein-Westfalen muss ein starkes Signal senden, um die Freiheit des Bargeldverkehrs zu erhalten!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sehen Bargeld als geprägte Freiheit an. Und diese Freiheit wollen wir uneingeschränkt erhalten. Wir haben allerdings

auch schon im Fachausschuss, dem Haushalts- und Finanzausschuss, deutlich gemacht, dass wir dem vorliegenden Antrag der Piraten nicht zustimmen können, weil er Passagen unter anderem zur Geldpolitik enthält, die wir nicht teilen. – Ich danke Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Möbius. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Abel.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollege Markus „Katsche“ Weske – so solltest du ab jetzt heißen –, herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag und zu deinen beiden Krücken „G8/G9“! Wichtig ist, dass man die flexibel einsetzen kann, damit du einen stabilen Stand hast, lieber Markus.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ansonsten lässt sich feststellen: Es ist Murretier-Tag, schon wieder! Der Nachteil ist, ich bin nicht so unterhaltsam wie Bill Murray. Aber die Opposition ist auch nicht so attraktiv wie Andie MacDowell. Von daher gleicht sich das aus.

Aber es ist in der Tat das vierte Mal, dass wir uns mit diesem Thema beschäftigen, nun mit dem Antrag der Piraten. Es ist richtig – darauf werden die beiden Redner der Opposition sicherlich gleich eingehen –, dass wir in vielen Punkten eine Übereinstimmung haben.

Denn für unsere Fraktion muss ich hier noch mal klarstellen: Wir lehnen die Einführung einer Bezahlobergrenze für Bargeld ab, weil wir sehen, dass es in anderen europäischen Ländern eine ziemliche Rutschbahn gab von dem Betrag, bei dem sie eingeführt wurde, bis hin zu dem jetzt geltenden Betrag.

Wir haben in Europa Bargeldobergrenzen bereits ab 1.000 €. Wir haben auch in Ländern, die nicht gerade dafür bekannt sind, dass sie gegen Geldwäsche besonders konsequent vorgehen, Bezahlobergrenzen, die aber merkbar nichts an Delikten wie zum Beispiel Betrug oder Geldwäsche geändert haben. Es hat auch nicht dazu geführt, dass Kriminalitätsraten nach unten gegangen sind.

Wir glauben, dass bei allen Bemühungen, die auch diese Landesregierung, allen voran der Finanzminister – der in diesem Moment dafür kämpft, dass wir eine vernünftige Erbschaftsteuerreform bekommen ... Man muss der Bundesregierung ja attestieren, dass sie alles dafür tut, dass es keine verfassungskonforme Erbschaftsteuer gibt, meine Damen und Herren von der Union.

Also: Der Finanzminister hat gemeinsam mit der Landesregierung konsequent eine Vielzahl von Maßnahmen gegen Steuervermeidung, gegen Steuerbetrug und auch gegen Geldwäsche ergriffen. Wir sind da eines der vorbildlichsten Bundesländer.

Aber wir glauben an dieser Stelle, dass diese Regelung zu weit geht: weil sie sehr schnell in Grundbedürfnisse, in grundgesetzlich normierte Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger eingreift.

Lieber Kollege Weske, bei allem Unterhaltungswert der Ausführungen muss man sagen, dass das nicht spaßig ist und dass viele von uns, die sich als aufgeklärte Verbraucherinnen und Verbraucher begreifen, im Zweifel gar nicht wissen: Was ist über mich alles gespeichert?

Stimmt es, dass ich beispielsweise als Sparkassenkunde ein Profil habe, das die Sparkasse anhand meiner Kontobewegungen angelegt hat, und dass sie in diesem Profil Informationen über meine Kreditwürdigkeit speichert? Stimmt es, dass zum Beispiel bei Bezahlvorgängen mit kleineren Beträgen mein Scoring-Wert bei der Schufa oder bei anderen Auskunfteien sinkt?

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Ja!)

Wir haben zusammen mit den Verbraucherzentralen und allen voran mit dem Chef des Verbraucherzentrale Bundesverbands, Klaus Müller, gesprochen, der in einem vielbeachteten Aufsatz in der „Rheinischen Post“ zehn Gründe dargelegt hat, warum man bei der Einführung der Bezahlobergrenze vorsichtig sein sollte. Wir haben eine große Schnittmenge, weil wir glauben: Hier schütten wir das Kind mit dem Bade aus. Wir sind da sehr vorsichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben allerdings auch hier in der Anhörung gehört, dass die Bezahlobergrenze mit allen Risiken, die wir trotzdem ablehnen, immer wieder mit dem sogenannten War on Cash gleichgesetzt wird, also mit dem Krieg gegen das Bargeld. Wir müssen wirklich sagen, dass einige Stellungnahmen da doch so weitgehend waren, dass wir da nicht mitgehen.

Doch für uns Grüne – als Fraktion und auch als Partei – sind Verbraucherschutz und informationelle Selbstbestimmung hohe Güter. Wir sollten nicht nur vorsichtig sein, sondern wir sollten den Anfängen wehren,

(Beifall von Dietmar Schulz [PIRATEN])

dass man Instrumente einführt, die letztlich dazu beitragen, dass jeder Schritt überwachbar, nachverfolgbar und retrograd erforschbar ist. Nicht nur bei Lebensversicherungen herrscht bereits jetzt eine Datensammelwut, sondern auch bei den Krankenkassen.

Ich bin mir sicher, dass nicht nur Ihr Unfall, Herr Kollege Weske, gespeichert ist, sondern dass in 20 oder 25 Jahren immer noch alle Details über Nacherkrankungen und mögliche Folgen, die sich daraus ergeben, gespeichert sind. Wissen Sie, was Ihre Krankenkasse davon weiß?

Warum sollen wir jetzt in einem Bereich, in dem es möglich ist, anonym mit Bargeld zu bezahlen und dabei nicht vollkommen überwacht zu werden – und wir wissen aus anderen europäischen Ländern, dass diese Überwachung völlig nutzlos und wirkungslos ist –, ein Instrument einführen, mit dem wir Gefahr laufen, ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin!

... dass wir in einer noch größeren Überwachung als ohnehin schon enden?

Deswegen können wir dem Antrag leider nicht zustimmen. Aber wir haben inhaltliche Schnittmengen mit der Opposition. Das haben wir bereits vielfach deutlich gemacht und tun das auch jetzt. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und Michael Hübner [SPD])

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Abel. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden dem Antrag der Piratenfraktion heute zustimmen und deshalb Herrn Kollegen Weske seinen Geburtstagswunsch leider nicht erfüllen können.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Das, worauf Herr Kollege Möbius hingewiesen hat, ist zwar auch aus unserer Sicht wichtig, nämlich dass man in Fragen der Bewertung der Geldpolitik sicherlich etwas differenzierter Auffassung sein kann. Wir teilen aber die Stoßrichtung dieses Antrags und die wesentlichen Forderungen im Beschlussteil. Deshalb werden wir ihn auch unterstützen.

Dieser Antrag und dieses Thema, meine sehr geehrte Damen und Herren, sind deshalb so interessant, weil der Finanzminister für seine artikulierte Position, die er regelmäßig vertritt, keine Mehrheit in diesem Hohen Hause hat. Der Finanzminister ist mit seiner Haltung politisch isoliert. Die Mehrheit des Landtags Nordrhein-Westfalen teilt seine Forderungen und Vorstellungen nicht. – Das hat mein Vorredner, Kollege Abel, gerade auch noch mal dargelegt.

Es ist in der Tat so: An dieser Stelle gibt es viele gemeinsame Bewertungen, die wir bei dem Thema vornehmen. Weil wir beim vorherigen Tagesordnungspunkt über Verpartnerungsfragen von FDP und Grünen spekuliert haben – nicht wir, sondern der Präsident hat das getan –, kann ich an dieser Stelle sagen: Das ist völlig normal in der demokratischen Auseinandersetzung, dass es gewisse Schnittmengen gibt. Ich glaube, darüber hinausgehende Fragestellungen gibt es nicht. Das hat auch unser Fraktionsvorsitzender in der Haushaltsdebatte noch mal deutlich gemacht.

Also: Keine Angst bei den Grünen, wenn wir an dieser Stelle ähnlich argumentieren, wie Sie es tun, und wenn Sie auch unserer Argumentation folgen – ohne es allerdings mit Ihrem Abstimmungsverhalten deutlich zu machen; das ist natürlich besonders schade und zeigt keine Charakterstärke an dieser Stelle.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Dass die FDP über Charakter redet – also echt!)

Der Finanzminister hat sich zum Thema „Barzahlungsverbot jenseits von Obergrenzen“ klar geäußert. Auch weil das immer dann, wenn der Finanzminister einer Situation überführt wird, für die er in diesem Haus keine Mehrheit hat, von der SPD in Zweifel gezogen wird, darf ich ausdrücklich auf die einschlägigen dpa-Meldungen von Anfang Juli letzten Jahres verweisen: Sie sind bis heute vom Finanzminister nicht dementiert.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Charakterlos, Ihre ständige Wiederholung von Unwahrheiten!)

– Herr Kollege, dann bitte ich darum, dass Sie mal einen Vorgang dazu anlegen und

(Zurufe von Stefan Zimkeit [SPD] und Heike Gebhard [SPD])

ausdrücklich das dementieren, was die dpa aus dem Gespräch mit dem Finanzminister berichtet hat.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie müssen mal die Wortprotokolle lesen, die Sie beantragen!)

Ich fände es sehr interessant, wenn die Nachrichtenagentur das vollständig falsch wiedergegeben haben sollte. Der Finanzminister hat ja auch über seine Reise nach Skandinavien berichtet, wo ihn ja auch genau diese Fragestellungen beschäftigt haben wird.

Wir müssen nach der uns vorliegenden Aktenlage und in Ermangelung eines Dementis, das der Minister seit über einem Jahr formalisiert hätte vornehmen können, davon ausgehen, dass er unverändert der Auffassung ist, dass er Barzahlungen oberhalb von 2.000 € verhindern will, und dass er diese Grenze der dpa genannt hat.

Wir halten das für falsch. Viele Gründe sind in dieser Debatte schon genannt worden und von uns als erster Fraktion bereits vor einem Jahr mit einem eigenen Antrag in diesem Hohen Hause präsentiert worden.

Es gibt gute Gründe dafür, bestimmte Zahlungen bargeldlos zu tätigen. Das mache ich auch gern. Auf der anderen Seite gibt es aber auch genauso gute und legitime Gründe, viele Zahlungen weiterhin in barer Form vorzunehmen. Die Vorteile des Bargeldes sind so bestechend, dass auch in Zeiten des Onlinehandels noch rund 80 % der Zahlungsvorgänge in Deutschland völlig zu Recht mit Bargeld abgewickelt werden. Es geht dabei um die Rechtssicherheit dieses Zahlungsmittels, die Möglichkeit, ein Geschäft direkt zu vollziehen.

Wenn jemand beispielsweise einen Gebrauchtwagen an eine fremde Person verkaufen will, hat er dann Rechtssicherheit: Er übergibt die Ware und bekommt im Gegenzug das Geld.

Das ist der Schutz vor Negativzinsen.

Das ist natürlich auch der Schutz vor irgendwann stark steigenden Bankgebühren. Je weniger die Bargeldzahlung gebräuchlich wird, umso mehr werden sich die Institute, die unbare Zahlungsformen vorhalten, das Ganze natürlich auch bezahlen lassen.

Ich will in Deutschland keine Situation haben wie in den USA, wo es eine enge Zusammenarbeit bestimmter Hotelketten mit bestimmten Kreditkartenanbietern gibt und derjenige, der nicht einen bestimmten Kreditkartenstatus ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Ralf Witzel (FDP): ... bei einem bestimmten Anbieter hat, ein Hotelzimmer abends nicht mehr bezahlen kann. Diese Gefahr steht in Deutschland morgen noch nicht konkret vor der Tür. Das sind aber Entwicklungen, die sich abzeichnen.

Deshalb gilt selbstverständlich auch bei diesem Thema: Wehret den Anfängen! Ein klares Ja für die Freiheit, für den Datenschutz und für den Erhalt des Bargelds! – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Piraten spricht Herr Kollege Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Saal und daheim! Lieber Kollege Weske, bei allen guten Wünschen für Ihr neues Lebensjahr muss ich Ihnen sagen: Lesen Sie ab und zu mal Zeitung. Dann hätten Sie im Juli

letzten Jahres, wenn Sie schon nicht hier im Plenum waren, lesen können, was der Finanzminister des Landes fordert. Sie hätten es des Weiteren im Februar dieses Jahres lesen können, und zwar in „Handelsblatt“, „Der Westen“, „Rheinische Post“ und „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ sowie Verlautbarungen der dpa. Das soll jetzt vielleicht mal als Zitatgrundlage ausreichen.

Neun von zehn Sachverständigen haben sich in der Anhörung zu unserem Antrag und dem Antrag der FDP gegen jegliche Barzahlungsobergrenzen ausgesprochen. Es kam ganz deutlich heraus: Barzahlungsobergrenzen stellen keinen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung dar. Sie bedeuten keine Eindämmung von Schwarzgeldzahlungen. Sie bedeuten vor allen Dingen auch keine Eindämmung von Geldwäsche.

Die Mechanismen, um all das zu bekämpfen, sind vorhanden. Wir stellen allerdings an allen Ecken und Enden in diesem Bereich effektive Vollzugsdefizite auch im Lande Nordrhein-Westfalen fest.

Eine Bargeldobergrenze wäre auch der schleichende Einstieg in die totale Überwachung des Konsumverhaltens der Menschen. Auch das hat die Anhörung mehr als eindeutig ergeben. Dies lehnen wir vonseiten der Piratenfraktion eindeutig und unmissverständlich ab.

(Beifall von den PIRATEN)

Unter Aushebelung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung – der Kollege Abel hat dazu eben schon Ausführungen gemacht – hier von einer Bargeldobergrenze zu sprechen und damit eine schleichende Abschaffung des Bargelds einzuläuten, stellt vor allen Dingen auch kein Szenario irgendwelcher Verschwörungstheoretiker dar, sondern ist innerhalb des europäischen Raums durchaus bereits an der Tagesordnung.

Schauen wir nur nach Schweden. Es ist also kein Schreckensszenario, welches uns unbekannt sein müsste, wie man sieht, wenn man mal die Veröffentlichungen zu diesem Bereich liest.

Wagen wir also diesen Blick nach Schweden. Dann stellen wir fest, dass Bargeld dort praktisch abgeschafft ist. Das hat bereits zu einer Spaltung der Gesellschaft geführt. Es gibt bald keine öffentliche Toilette in Schweden mehr, die nicht mit Kreditkarte bezahlt werden müsste. Na ja! Ich weiß nicht, ob das die Zukunft Nordrhein-Westfalens oder die Zukunft Deutschlands sein dürfte.

Der Anfang davon war auch in Schweden die Einführung einer Bargeldobergrenze. Und wer steckt dahinter? Ein Bankenkonsortium und Notenbanker sowie Finanzminister, die eine Konzentration auf Investmentgeschäfte vollführen, Bank- bzw. Kreditkarten systematisch monopolisieren und natürlich gerade im Personalbereich auf die Kostenbremse treten!

Hier muss man auch mal auf den Filialabbau deutscher Banken und Sparkassen innerhalb Deutschlands schauen.

Ende Juni dieses Jahres hat der mitgliederstarke schwedische Pensionärsverband PRO Verbraucherminister Per Bolund eine fast 140.000 Unterschriften zählende Protestnote mit dem Titel „Kontanter behövs“ übergeben – übersetzt: Bargeld wird gebraucht. Wenn man das auf deutsche Verhältnisse übertragen würde, würden bei uns gut 1 Million Menschen ihre Forderung zum Ausdruck bringen, dass Bargeldobergrenzen abzuschaffen bzw. nicht einzuführen sind.

Bereits vor gut einem Jahr hat ausgerechnet der ehemalige Reichspolizeichef und Ex-Regierungspräsident Björn Eriksson in Schweden die Initiative „Kontant Upproret“ gegründet – wörtlich übersetzt: der Bargeld-Aufstand.

Das alles wollen wir nicht. Deswegen lehnen wir die Einführung einer Bargeldobergrenze in Deutschland ab.

(Beifall von den PIRATEN)

Nicht zuletzt sind die Folgen in Bezug auf den Datenschutz zu erwähnen, die hier auch schon angedeutet wurden. Denn bei jeder bargeldlosen Bezahlung werden zwangsläufig die Zahlungsbewegungen registriert. Sie werden nicht nur registriert, sondern auch gespeichert. Somit ist es für den Bürger nicht mehr möglich, spurlos, anonym, analysefrei einzukaufen. Wollen wir das? Ich sage: Nein.

Prof. Dr. Max Otte hat in der Anhörung dazu unter anderem ausgeführt:

„Die Obergrenzen sind aus meiner Sicht fast so effektiv wie ein Bargeldverbot selber. Wir haben jetzt schon seit Jahren im Prinzip die Meldepflicht bei allen Transaktionen über 10.000 €. Damit ist die Überwachung eigentlich schon sehr, sehr weit gediehen.“

Wehret den Anfängen, der schleichenden Abschaffung des Bargelds und einer weiteren Verstärkung von Überwachungsmechanismen in unserem Land!

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Eine weitere Reduzierung dieser Grenze trägt dann nur noch dazu bei, die Verfügung mündiger Bürger über ihr Eigentum einzuschränken. Diese Einschätzung haben praktisch alle Sachverständigen in der Anhörung ebenfalls geteilt.

Jetzt komme ich noch einmal ganz kurz zu den Grünen.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Danke, Frau Präsidentin. Ich komme zum Schluss. – Herr Kollege Abel, Sie haben mit Ihrer Landtagsfraktion praktisch dieselbe Position verabschiedet, die in diesem Antrag vertreten wird. Das haben Sie auch ausgeführt. Ich glaube nicht, dass es zum Koalitionsbruch führen würde, würden Sie diesem Antrag tatsächlich einmal zustimmen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Was verstehen Sie von Koalition?)

Ich sage Ihnen noch eines: Der 500-€-Schein verschwindet demnächst. Ich halte hier mal einen 100-€-Schein in Kopie hoch. Das wird das nächste Angriffsziel sein, nachdem auch der 200-€-Schein abgeschafft sein wird.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wir sollten alle überlegen, ob wir nicht konzertiert gegen diese Mechanismen vorgehen wollen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Duin in Vertretung für den Finanzminister.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie wir von Markus Weske und anderen auch schon gehört haben, endet mit der heutigen abschließenden Beratung eine seit ungefähr einem Jahr geführte Debatte, die eigentlich nur eine Überschrift zu Recht tragen kann: Phantomdebatte.

So lange haben die Fraktionen der Opposition versucht, namentlich dem Finanzminister und der Landesregierung insgesamt zu unterstellen, sie wollten das Bargeld abschaffen – angefangen bei der FDP über die Piraten bis zur CDU.

Auch durch vielfaches Wiederholen ist diese Behauptung nicht richtiger geworden. Da hat auch Ihre Sachverständigenanhörung nicht weitergeholfen. Das hat aber offensichtlich niemanden von Ihnen in den nachfolgenden Beratungen davon abgehalten, die Schrecken einer Bargeldabschaffung zu beschwören; das ist hinlänglich bekannt. Gerade sind wir alle noch einmal Zeuge dessen geworden. Das zeigt einfach nur, dass hier jemand mutwillig missverstanden wird.

Daher will ich in Vertretung des Finanzministers noch einmal ausdrücklich festhalten: Die Landesregierung fordert mitnichten eine Abschaffung des Bargelds. Die Fakten sind: Finanzminister Dr. Walter-Borjans hat die Festlegung einer Obergrenze für Bargeldzahlungen in die Diskussion gebracht.

(Ralf Witzel [FDP]: Ja, also!)

Er hat keine starre Obergrenze gefordert, sondern hat Überlegungen angestellt, wo eine derartige Grenze liegen könnte.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Das ist das Gleiche!)

Eine Grenze für Bargeldzahlungen ist bereits jetzt – wir haben ja gerade gelernt, dass Sie sich in der schwedischen Politik und Gesellschaft ausgezeichnet auskennen, Herr Schulz – in sehr unterschiedlicher Höhe in der Europäischen Union verbreitet. Die Bandbreite geht da von 1.000 € bis zu 15.000 €.

Im Übrigen hält auch der Bundesfinanzminister die Einführung einer Obergrenze für Bargeldzahlungen für geboten. Er hat für seinen Vorschlag, die Grenze EU-weit auf 5.000 € festzulegen, bei seinen Amtskollegen in der EU Unterstützung erhalten. Im Februar dieses Jahres hat dann auch der Ministerrat der Kommission einen entsprechenden Auftrag zur Erarbeitung erteilt.

Eine Obergrenze für Barzahlungen – in welcher Höhe sie auch immer festgesetzt werden sollte – würde in keiner Weise Einfluss auf den Besitz von Bargeld haben. Darauf hat Herr Weske sehr bildlich hingewiesen. Jeder kann so viel Bargeld horten, wie er möchte. Daran will niemand etwas ändern.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Das hat Walter Ulbricht auch mal so gesagt!)

Diejenigen jedoch, die argumentativ eine Obergrenze mit einer Abschaffung gleichsetzen, schüren bewusst Ängste in der Bevölkerung.

Herr Schulz, die Landesregierung plädiert dafür, sehr konstruktiv über das Bargeld zu diskutieren. Das schließt selbstverständlich ein, darüber zu sprechen, was genau die Bedürfnisse von Verbraucherinnen und Verbrauchern sind. Das schließt ebenso selbstverständlich ein, sich über die Belange des Datenschutzes Gedanken zu machen.

Dass es in anderen Ländern diesbezüglich massive Probleme gibt, soll diese Diskussion ja durchaus befruchten; aber in Ihrem Antrag wirken Sie einer Diskussion grundsätzlich entgegen, indem Sie nämlich schon den Schlusstrich unter eine mögliche Diskussion ziehen. Schon daher kann die Landesregierung den Inhalt Ihres Antrags nicht teilen.

Lieber Markus Weste, herzlichen Glückwunsch! Werde schnell wieder gesund und halte hier so oft Reden, wie du willst. Ich finde sie großartig. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. Bleiben Sie bitte gleich am Redepult, denn Herr Kollege Witzel hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Witzel.

(Entrüstung von der SPD – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD] – Dr. Joachim Stamp [FDP]: Frau Präsidentin, es ist eine Unverschämtheit, eine Kurzintervention als charakterlos zu bezeichnen! Das finde ich unglaublich! – Beifall von der FDP und der CDU – Lebhaftige Zurufe von der SPD – Dr. Joachim Stamp [FDP]: Die Regeln in einem parlamentarischen Verfahren gelten für Sie, gelten für uns! – Fortgesetzt Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der FDP)

Wir haben das hier oben nicht gehört. Wir werden schauen, was die Stenografen bzw. die Audiooredakteure mitgeschnitten haben und werden das hinterher klären. – Herr Kollege Witzel hat jetzt 90 Sekunden Redezeit für die Kurzintervention.

Ralf Witzel (FDP): Herr Minister Duin, Sie haben gerade differenzierte verbale Unterscheidungen vorgenommen. Ich möchte Sie deshalb fragen: Was ist materiell der Unterschied zwischen einer Bargeldobergrenze von 2.000 € und einem Barzahlungsverbot oberhalb von 2.000 €? Ich hätte also zum einen gerne erklärt, wo Sie dort den Unterschied sehen. Sie sind offenbar nicht der Auffassung, dass, wenn es eine Bargeldobergrenze gibt, das gleichbedeutend ist mit einem Barzahlungsverbot oberhalb dieses Betrages.

Zum anderen möchte ich Sie fragen, ob der Inhalt der dpa-Meldung von Anfang Juli letzten Jahres zutreffend ist, wo die dpa nach einem Gespräch mit Finanzminister Dr. Walter-Borjans berichtet hat, er trete persönlich für Barzahlungsobergrenzen ein. Anders als in anderen europäischen Ländern, wo es diese schon ab 1.000 € gäbe, müsste sie nach deutscher Barzahlungskultur etwas höher sein. Er könne sie sich ab 2.000 € vorstellen. Hat dpa das unzutreffend berichtet, und wenn ja, warum ist das vonseiten der Landesregierung seit über einem Jahr nicht förmlich dementiert worden?

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Witzel, ich habe die Zwischenrufe auch nicht gehört, aber sie erklären sich mir jetzt ein bisschen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Ich stelle fest, dass in meinem gerade gehaltenen Redebeitrag von einer Obergrenze in Höhe von 2.000 € überhaupt nicht die Rede war.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist doch schon zehnmal erklärt worden!)

Ich stelle zweitens fest, dass Sie mit dem hier von mir vertretenen Finanzminister die Frage, was er wann wo gesagt hat und wann er wo was dementiert hat, schon häufig erörtert haben und Sie sicherlich in Zukunft diese Gelegenheit ausreichend im Ausschuss,

im Plenum und in der Öffentlichkeit nutzen werden. – Vielen Dank.

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Redebeiträge liegen nicht vor, so dass ich die Aussprache schließe.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/12815, den Antrag Drucksache 16/11217 in der Fassung des Neudrucks abzulehnen. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag selbst, nicht über die Beschlussempfehlung. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Piraten und die FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die CDU. Wer enthält sich? – Der fraktionslose Abgeordnete Schwerd. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/11217 – Neudruck** – mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

9 Gesetz zur Bewertung, Darstellung und Schaffung von Transparenz von Ergebnissen amtlicher Kontrollen in der Lebensmittelüberwachung (Kontrollergebnis-Transparenz-Gesetz – KTG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12857 – Neudruck

erste Lesung

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, die **Reden zu** diesem Tagesordnungspunkt zu **Protokoll** zu geben. (siehe Anlage 2) Das ist auch erfolgt. Ich gehe davon aus, die Landesregierung hat ebenfalls zu Protokoll gegeben. Auch das ist erfolgt.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 16/12857 – Neudruck** – an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Dann geht das übliche Gesetzgebungsverfahren im Ausschuss los, und wir entscheiden später abschließend im Plenum. Ist jemand mit der Überweisungsempfehlung nicht einverstanden? – Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 9.

Damit sind wir auch am Ende der heutigen Plenarsitzung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, dem 5. Oktober 2016, statt. Aufgrund des an diesem Tage geplanten Fest